

Eva und Hans Henning Hahn

Wir wollen heim ins Reich!"

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft und ihre ungeklärte Tradition

Geschichte verbindet, Geschichte trennt. Immer wieder treten die Schatten der Vergangenheit zwischen Deutschland und Tschechien, es ist eine Nachbarschaft, die, so scheint es manchmal, einfach nicht gelingen will. Als vor zehn Jahren, am 27. Februar 1992, endlich ein Vertrag über die "freundschaftliche Zusammenarbeit" zwischen beiden Staaten unterschrieben wurde, war die Sudetendeutsche Landsmannschaft rasch zur Stelle, um die Regierung Helmut Kohl harsch zu kritisieren: Das Abkommen ignoriere wichtige historische Hintergründe.

Die sudetendeutsche Unzufriedenheit ließ die deutsch-tschechischen Beziehungen nicht zur Ruhe kommen und führte fünf Jahre später zur nächsten Vereinbarung: Im Januar 1997 unterzeichneten Kohl und Prags Ministerpräsident Václav Klaus die *Deutsch-tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung*. Doch auch diesmal fanden die Klagen der sudetendeutschen Organisationen kein Ende - und als jetzt der tschechische Premier Miloc Zeman in einem Interview die Sudetendeutschen als "fünfte Kolonne Hitlers" und Zerstörer der ersten Prager Demokratie bezeichnete, da flammte der historische Streit mit neuer Heftigkeit auf.

Dabei scheinen die Vertriebenen es oft nicht zu verstehen, warum sie in Tschechien immer noch so ungeliebt sind (um es einmal vorsichtig auszudrücken) und warum viele Tschechen mit ihnen nicht über die Vergangenheit sprechen möchten. Sie sehen darin einen Ausdruck von Hartherzigkeit, einen Mangel an Mitgefühl mit den Opfern des einstigen Unrechtsregimes in der Nachkriegstschechoslowakei und werfen Prag vor, unfähig zu sein, sich der Geschichte zu stellen.

Ein Treueschwur auf Adolf Hitler

Doch vielleicht sollte sich die Landsmannschaft auch einmal fragen, wie sie es denn selbst mit der Aufarbeitung, der Aufklärung der Vergangenheit hält. Wer "die historische Wahrheit"

so gern und laut im Munde führt, darf sich nicht scheuen, einmal in die eigenen Ecken zu leuchten. So ist zum Beispiel auf seltsame Weise in Vergessenheit geraten, warum die Sudetendeutschen denn in der tschechischen Öffentlichkeit als "Verräter" und "Totengräber" der ersten tschechoslowakischen Republik galten.

Eine Schlüsselfigur war der Führer der Völkischen im Sudetenland, der Turnlehrer Konrad Henlein (geboren 1898 in Maffersdorf bei Reichenberg, gestorben durch eigene Hand 1945 in Pilsen). 1933 hatte er die Sudetendeutsche Heimatfront gegründet. 1935 wurde sie in Sudetendeutsche Partei umbenannt; bei den tschechoslowakischen Parlamentswahlen im selben Jahr erhielt sie zwei Drittel der deutschen Stimmen und stellte 44 der 66 deutschen Abgeordneten im Prager Parlament, das insgesamt 300 Sitze zählte. Doch 1938, und zwar

noch zwei Wochen bevor sich Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier in München trafen, kehrte Henlein seinem Staat und der demokratischen Rechtsordnung den Rücken. Am 14. September 1938 hatte er seine Verhandlungen mit der Prager Regierung abgebrochen, den Grenzübertritt seiner Parteiführung nach Bayern veranlasst und sich mit einer Proklamation an "das Sudetendeutschtum, an das deutsche Volk und die gesamte Welt" gewandt: Seine politischen Bemühungen um "einen ehrlichen und gerechten Ausgleich" seien am tschechischen "unversöhnlichen Vernichtungswillen gescheitert". Im Namen der Sudetendeutschen erklärte er: "Wir wollen heim ins Reich!"

Zugleich formierte er aus seinen aufgehetzten und nach Deutschland strömenden Anhängern einen militärischen Verband, das Sudetendeutsche Freikorps. Dessen Mitglieder schworen Adolf Hitler die Treue und unternahmen in den zwei Wochen vor dem Münchner Abkommen an die 300 "Aktionen" von Deutschland aus in die Tschechoslowakei: 110 Menschen sollen dabei ihr Leben verloren haben. (Schon im August 1933 war der berühmte Kulturphilosoph Theodor Lessing in seinem Marienbader Exil einem Attentat zum Opfer gefallen, an dem sich sudetendeutsche Nazis aktiv beteiligt hatten.)

Heute nennen wir dergleichen "Terroranschläge", und es gehört zu denjenigen Erinnerungen an "München 1938", die in München, nicht aber in Prag in Vergessenheit geraten sind. Ob in Henleins Freikorps wirklich 40 000 Sudetendeutsche organisiert waren, wie damals die NS-Presse meldete, oder nur 10 000 bis 15 000 Männer, wie der Münchner Historiker Martin Broszat für wahrscheinlicher hielt, bleibt bis heute ebenso unklar wie manch eine andere Zahlenangabe im deutsch-tschechischen Geschichtsstreit.

Was nach 1945 von vielen bewusst verschwiegen wurde, ist nach einem halben Jahrhundert oft einfach vergessen. Den Jüngeren im Sudetendeutschen Haus an der Hochstraße in München sind meist nicht einmal die Wurzeln jener Wortschöpfungen bekannt, die sie dort erlernten. So zum Beispiel der Begriff "sudetendeutsche Volksgruppe" oder, wie es in Bayern heißt, "sudetendeutscher Stamm". Dies sind Kampfbegriffe aus der rhetorischen Rüstkammer des "Volkstumskampfs", dem Adolf Hitler zu weltweiter Bekanntheit verholfen hat.

Daran können sich heute nur noch ganz wenige sudetendeutsche Politiker erinnern wie zum Beispiel Siegfried Zogelmann, Jahrgang 1913. Auch er verließ nämlich seine Heimat lange vor dem Münchner Abkommen, schon 1934, um sich der NS-Bewegung im Reich anzuschließen. Dort machte er Karriere im Presse- und Propaganda-Amt beim Reichsjugendführer. Als Bannführer der HJ hat er 1938 gemeinsam mit dem (1947 wegen Kriegsverbrechen hingerichteten) Gauleiter Hans Krebs das Buch *Sudetendeutschland marschiert* veröffentlicht. Darin wurde auch die "sudetendeutsche Volksgruppe" vorgestellt: "Allen Unterdrückungen der tschechischen Machthaber zum Trotz erhob sich die Jugend des Sudetendeutschtums unter den Fahnen und Losungen der nationalsozialistischen Bewegung. Ein Kampf um Sein oder Nichtsein einer dreieinhalb Millionen zählenden Volksgruppe begann. Seitens der hartbedrängten Sudetendeutschen stand er unter der nationalsozialistischen Parole ‚Für Schule, Scholle und Arbeitsplatz‘."

Am "Kampf" seiner "Volksgruppe" hat sich Siegfried Zogelmann bis heute nicht nur mit Rat, sondern auch mit Tat beteiligt, unter anderem seit 1954 als Mitglied des Sudetendeutschen Rates, seit 1972 als Vorstandsmitglied der Sudetendeutschen Stiftung und bis 2000 als Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Als ihm 1998 die *Sudetendeutsche Zeitung* zum 85. Geburtstag gratulierte (unter der etwas befremdlich

klingenden Überschrift *Ein Phänomen wurde 85*), verschwieg das Blatt allerdings seine Verdienste und Erfahrungen aus den dreißiger und vierziger Jahren.

Henleins und Zogelmans sudetendeutsche "Bewegung" in der Zwischenkriegszeit war nur *eine* politische Gruppierung unter den Deutschen in der Tschechoslowakei, und es ist nicht einsichtig, warum die sudetendeutschen Organisationen von heute mit Vorliebe ausgerechnet diese Tradition pflegen. Es war eine völkische "Bewegung", die enge Kontakte zu den völkischen und nationalsozialistischen Organisationen in der Weimarer Republik unterhielt,

sich parallel zur NS-Bewegung im Reich entwickelte und später, nach 1933, von Berlin aus finanziell unterstützt wurde. Ihre Ideologie, der Kampf gegen die Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg, ihr "Volkstumskampf" und ihr Antisemitismus verschafften ihr Popularität unter den Deutschen in der Tschechoslowakei, ähnlich wie im Reich selbst.

Ebenso wie die "Korridor"-Frage für Hitler bei seinem Überfall auf Polen im September 1939 nur ein Vorwand war, so versteckten die Völkischen im Sudetenland hinter dem Kampf um Autonomie und Volksgruppenrechte nur ihr eigentliches Ziel: den Anschluss an das nationalsozialistische Deutschland. Konrad Henlein selbst hat dies später klar und offen bekannt: "Alle, die damals den Kampf mit mir begannen, hatten alles, was sie besaßen, auf eine Karte gesetzt, denn wir glaubten fanatisch und unbeirrbar an die gesunde Kraft des Sudetendeutchtums, an das Wiedererstarken des Reiches unter Adolf Hitler und an den Endsieg unserer guten Sache ... Wir wussten, daß wir nur siegen konnten, wenn es uns gelang, aus den dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen dreieinhalb Millionen Nationalsozialisten zu machen, und mußten doch zunächst nach außen hin, um das Zugreifen der tschechischen Behörden und die Auflösung hintanzuhalten, unsere Zugehörigkeit zum Nationalsozialismus ableugnen. Das war die größte seelische Belastungsprobe, der ich meine Gefolgschaft aussetzen mußte."

Dieses Bekenntnis wird heute in den sudetendeutschen Geschichtsbüchern meist mit Stillschweigen übergangen, und die Scheinwerfer richten sich allein auf die "tschechische Nadelstichpolitik". Den Begriff "Volkstumskampf" ersetzte man nach dem Krieg durch das Wort vom "Nationalitätenkonflikt". Die politischen Ideen und Taten der Beteiligten waren dabei keiner kritischen Betrachtung mehr wert - als wäre es irrelevant, ob sich jemand von demokratischen oder nationalsozialistischen Grundsätzen leiten ließ.

Bizarre Nachkriegskarrieren

Verschwiegen wird im Sudetendeutschen Haus in München jedoch nicht nur die Vergangenheit von Siegfried Zogelmann. Der dortige Konferenzsaal trägt bis heute den Namen des ersten Sprechers der "Volksgruppe" nach dem Zweiten Weltkrieg, Rudolf Lodgman von Auen (1877 bis 1962). Auch er gehörte zu den Anhängern der NSDAP. So beglückwünschte er Hitler in einem Telegramm überschwänglich für den Triumph in

München: "Am Tage des Einmarsches der deutschen Truppen in Teplitz-Schönau begrüße ich Sie, mein Führer, als den Vertreter des Reiches aus übervollem Herzen. Ich danke der Vorsehung, daß es mir gegönnt ist, diesen Tag zu erleben, auf dessen Kommen ich seit meiner Jugend gehofft und an den ich in den letzten zwanzig Jahren trotz der um sich greifenden Verzagtheit geglaubt habe. ... Sie, mein Führer, haben uns Vaterland und Heimat, dem deutschen Volke die Selbstachtung und den Glauben an seine nationale Idee gegeben, Europa

aber den Weg gewiesen, ohne den es einer unvorstellbaren Vernichtung preisgegeben worden wäre ..."

Es ist nicht bekannt, dass sich bis heute irgendeine der Münchner sudetendeutschen Organisationen oder Politiker je von Lodgmans Bekenntnis zum Nationalsozialismus distanziert hätte. Erstaunlicherweise wurden bisher nicht einmal die sudetendeutschen Vorschläge zu Massenumsiedlungen kritisch beachtet: Lodgman von Auen selbst forderte 1938 "Umsiedlungen" zum Zwecke der neuen europäischen Ordnung und zur Lösung der "Judenfrage" ("daß eine Umsiedlung dieses zur Unruhe gewordenen Elements unter Mitwirkung ganz Europas, besonders aber der vier Großstaaten, in die Wege geleitet wird").

Sogar der führende sozialdemokratische Funktionär der Landsmannschaft und Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Wenzel Jaksch (1896 bis 1966), rief in seinem Memorandum *Was kommt nach Hitler?*, das er im Frühsommer 1939 im Londoner Exil verfasste, nach der "definitiven Bereinigung der offenen Grenzfragen durch Ausbalancierung der Konsequenzen des Selbstbestimmungsrechts mit verkehrspolitischen Bedürfnissen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten" und schlug "als technische Hilfsmittel" dazu "einen organisierten Bevölkerungsaustausch" vor.

Wie gesagt - all dies ist nicht unbekannt. Immer wieder haben mutige Sudetendeutsche nach dem Krieg daran erinnert, haben sich gegen die Selbstgerechtigkeit und Vertuschungsversuche der Verbandsfunktionäre verwahrt. So wandten sich drei sozialdemokratische Abgeordnete des Prager Vorkriegsparlaments, Franz Kögler, Franz Krejci und Rudolf Zischka, 1965 in einer *Erklärung ehemaliger Funktionäre und Mitglieder der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik* gegen die Zusammenarbeit mit vielen ehemaligen (und in ihren Augen Noch-)Nazis in der Landsmannschaft. Außerdem warfen sie deren Funktionären generell vor, dass sie zwar die Vertreibung verurteilten, aber nicht bereit seien, sie als eine Entscheidung der Siegermächte

und damit als irreversible Tatsache zu akzeptieren. Sie forderten schon damals die Normalisierung der diplomatischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen der Bundesrepublik zu den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands und setzten sich für die konsequente Integration der Vertriebenen in die deutsche Gesellschaft ein: "Es wird für viele Angehörige der älteren Generation schmerzlich sein, sich mit dem Gedanken abfinden zu müssen, daß sich an den gegebenen Verhältnissen nichts mehr ändern lässt; es ist aber besser, die Tatsache zu sehen, daß jeder Tag, der neu vergeht, uns weiter von der Heimat entfernt, als Gedanken nachzugehen, die sich um so schmerzlicher als Träume herausstellen müssen, je länger sie mit Wünschen und Vorstellungen gepflegt und genährt werden, die dem heutigen Stande der Entwicklung nicht mehr entsprechen."

Solche Einsichten sind zwar inzwischen Allgemeingut, die Verleumdungen aber, mit denen man ihre Autoren vor Jahrzehnten vonseiten der stets auf die "Einheit der Volksgruppe" bedachten offiziellen Organisationen überzog, wurden bis heute nicht zurückgenommen. Eine Rehabilitierung all jener Sudetendeutschen, die den völkischen Traditionen kritisch gegenüberstanden und damit das Volkstums- und Volksgruppenparadigma ablehnten, ist längst überfällig!

Einer von ihnen, der nach London emigrierte Historiker und Publizist Johann Wolfgang Brügel (1905 bis 1986), gewann mit seinem zweibändigen Werk *Tschechen und Deutsche 1918-1938*

beziehungsweise *Tschechen und Deutsche 1939-1946* den Respekt sowohl der angelsächsischen als auch der tschechischen Historiker. Brügel führte seine Argumente gegen alle antiliberalen und kollektivistischen Geschichtsbilder in die tschechische Diskussion ein und kritisierte aus derselben Perspektive die sudetendeutschen Funktionäre in Deutschland. Er weist darauf hin, dass die Bezeichnung "sudetendeutsch" vor dem Krieg von den Sozialdemokraten abgelehnt wurde; den Ausdruck "Volksgruppe" hält Brügel für einen "von den Nazis in die Begriffswelt eingeschmuggelten" Begriff und das Wort "Austreibung" für ein "nationalistisches Propagandaschlagwort, das zu verwenden ich mich sträube".

Die gesamte sudetendeutsche Geschichtsschreibung der Nachkriegszeit muss dringendst aufgearbeitet werden. Noch immer wirkt das Erbe des (nach dem Krieg in Hamburg lehrenden) Historikers Hermann Aubin nach, des sudetendeutschen Organisationsleiters der so genannten Ostforschung. Oder das Werk des "Volkstumstheoretikers" beziehungsweise "Nationalismusforschers" Eugen Lemberg, der nach dem Krieg am Institut für Pädagogische

Forschung in Frankfurt am Main arbeitete und für völkischen Ostkundeunterricht an den Schulen warb. Oder das des ehemaligen SS-Sturmbannführers Kurt Oberdorffer, seit 1943 Stellvertreter Henleins, nach 1945 Stadtarchivar in Ludwigshafen und Mitbegründer des Collegium Carolinum in München. Es ist auch kaum erträglich, dass sich die Werke Hermann Raschhofers - ehemals Rechtsberater des sudetendeutschen Staatsministers für Böhmen und Mähren, SS-Obergruppenführer Karl Hermann Frank, später dann Professor für internationales Recht in Würzburg - nach wie vor ungetrübter Reputation in der deutschen Wissenschaft erfreuen und gern als Belege zitiert oder gar als "Standardwerke" neu aufgelegt werden. Quellen zur sudetendeutschen NS-Vergangenheit dagegen muss man immer noch in schwer zugänglichen älteren tschechischen oder DDR-Publikationen suchen, weil keine Institution und kein Wissenschaftsverlag in der Bundesrepublik Interesse zeigen, sie zugänglich zu machen.

Die meist vagen Äußerungen der Landsmannschafts-Funktionäre über die Ziele ihrer Organisation lassen oft den Eindruck entstehen, es ginge ihnen lediglich um eine symbolische Genugtuung für das erlittene Vertreibungsunrecht. Ihr erster Sprecher Lodgman von Auen machte dagegen 1961 keinen Hehl daraus, dass man eine Revision der Grenzen in Europa wünsche: "Der Ausgangspunkt einer jeden deutschen Politik im Osten sind die tatsächlichen Grenzen Deutschlands, als es 1939 in den Krieg eingetreten war; die Grenzen von 1945 sind mit ihnen grundsätzlich identisch und nicht die von 1937. Sie bilden daher die Grundlage für alle Friedensverhandlungen der Zukunft ... Eine volksbewusste deutsche Regierung müsste als Grundlage das ehemals geschlossene deutsche Siedlungsgebiet und nicht Grenzen vor Augen haben, die sich aus der historischen Entwicklung des preußisch-österreichischen Dualismus und der Verträge von Versailles und St. Germain ergeben haben." Auch von dieser Forderung hat sich bis heute niemand distanziert.

Glasnost für die Landsmannschaft

Die Landsmannschaft behauptet gern, dass sie heute mehr Sudetendeutsche repräsentiert, als je in der Tschechoslowakei lebten. Für diese angeblich 3,8 Millionen Deutsche zählende "Volksgruppe" (aus der Tschechoslowakei wurden knapp drei Millionen Deutsche vertrieben) fordert sie, außer allerlei "Kleinigkeiten" wie der Rückgabe des verlorenen Vermögens beziehungsweise Wiedergutmachung, vor allem das "Recht auf Heimat und Selbstbestimmung". "Unser Heimatrecht ist weit mehr als nur Niederlassungsfreiheit", erklärte

der Sprecher der "Volksgruppe" Franz Neubauer 1993 auf dem Sudetendeutschen Tag in Nürnberg, und daran hat sich seither nichts geändert. Diese Ziele sind in der Satzung festgeschrieben, und solange sie nicht neu formuliert wird, setzt die Landsmannschaft nur den seit 1918 vertrauten Weg des deutschen Revisionismus fort.

Die Erinnerung an die Opfer der Vertreibung darf nicht politisch für unrühmliche Zwecke instrumentalisiert werden. Ebenso wie sich die tschechische Öffentlichkeit mit dem Nachkriegsunrecht gegenüber ehemaligen deutschen Staatsbürgern der Tschechoslowakei zu beschäftigen hat (und dies auch heute tut), so steht eine grundsätzliche öffentliche Vergangenheitsbewältigung innerhalb der "sudetendeutschen Volksgruppe" noch an. Wenn dabei nicht die Kontinuität des Revisionismus und die Fragwürdigkeit des "Volksgruppen"-Paradigmas zum eigentlichen Ausgangspunkt kritischer Selbstreflexion werden, dann kann die Landsmannschaft wohl von niemandem in Europa als Gesprächspartnerin ernst genommen werden.

Es ist endlich an der Zeit, innerhalb der sudetendeutschen Organisationen - von der Landsmannschaft bis hin zum Adalbert Stifter Verein - für Glasnost zu sorgen. Endlich an der Zeit, im Sudetendeutschen Haus in München Fenster und Türen aufzureißen und den Stimmen derjenigen Gehör zu schenken, die bei allem Mitgefühl für die Leiden der Vertriebenen nicht nur das Verbrechen der Vertreibung verurteilen, sondern auch, mit dem gleichen Abscheu, den hasserfüllten Nationalismus führender sudetendeutscher Organisationen in den zwanziger und dreißiger Jahren.

Eva Hahn ist Historikerin; war von 1981 bis 1999 selber Mitarbeiterin am Collegium Carolinum im Sudetendeutschen Haus in München. Ihr Mann Hans Henning Hahn ist Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Oldenburg.